

VERANSTALTUNGSBERICHT KAS WASHINGTON D.C.

Sepideh Parsa

Thema:	The North Korean Problem: Towards a Diplomatic Solution in 2008?
Veranstalter:	American Enterprise Institute for Public Policy Research
Art:	Expertenrunde
Datum:	17. Januar 2008

Präsident George W. Bush hat sein letztes Amtsjahr angetreten und noch immer findet sich seine Regierung in Verhandlungen mit der nordkoreanischen Regierung wieder. Washington hat seine Strategie im Hinblick auf den Atomstreit mit Nordkorea geändert und strebt nun umfassende diplomatische Lösungen an. Verhandlungen umfassen jedoch nicht nur das Atomprogramm des Landes, sondern auch Menschenrechtsverletzungen und die Forderung Nordkoreas von der "U.S. list of state sponsors of terrorism" entfernt zu werden. Fraglich ist, welche realistischen Ziele die USA verfolgen sollten und inwiefern eine Einigung realisierbar ist. Das *American Enterprise Institute for Public Policy Research* hatte eine Expertenrunde eingeladen, die die Möglichkeiten und Probleme der amerikanischen Nordkorea-Politik beleuchtete.

US-Sondergesandter, **Jay Lefkowitz**, erläuterte in seinem Vortrag die wichtigsten Ereignisse seit dem Beginn der "six party talks"¹ Nordkorea stelle eine der grössten Herausforderungen amerikanischer Aussenpolitik dar. Das Land habe es entgegen den Vereinbarungen vom 13. Februar 2007 versäumt, alle nuklearen Aktivitäten offen zu legen sowie eines seiner Atomkraftwerke ausser Betrieb zu setzen. Im Gegenzug hatten die USA wirtschaftliche Unterstützung versprochen. Untersuchungen hätten gezeigt, dass Nordkorea sowohl die Hizbollah im Libanon als auch die Tamil Tiger in Sri Lanka mit Waffen ausgestattet hätten. Syrien sei mit nuklearen Waffen ausgerüstet worden, die bei den Luftangriffen auf Israel vor 4 Monaten zum Einsatz gekommen seien.² Lefkowitz bezweifelte, dass Nordkorea es ernsthaft in Erwägung ziehe, seine nuklearen Aktivitäten offen zu legen, geschweige denn diese einzustellen. Ein Thema, welches in zukünftigen Verhandlungen nicht ausser Acht gelassen werden dürfe, sei die Missachtung der Menschenrechte von seiten der nordkoreanischen Regierung. Die Beachtung dieser Rechte sei eines der Grundpfeiler für Frieden und Sicherheit in einer solch instabilen Region. **Lefkowitz** plädierte, dass sich die Strategie der USA verändern müsse, da auf die Zusammenarbeit mit China und Südkorea kein Verlass sei. Die Vermutung, dass beide Länder auf Nordkorea Druck ausüben würden, habe sich nicht bestätigt. China sähe sich von Nordkorea nicht nuklear bedroht und die Bewahrung des Status quo habe Priorität. Auch Südkorea habe den eigenen Interessen Vorrang gegeben. Dies sei der Grund dafür, dass die Gespräche in der letzten Zeit einen bilateralen Charakter angenommen hätten. Man könne zudem davon ausgehen, dass es innerhalb der verbleibenden Regierungszeit Bushs zu keinen Veränderungen der nordkoreanischen Atompolitik kommen werde. Der Schwerpunkt der Verhandlungen sollte in Zukunft auf die Langzeitinteressen der USA

¹ Teilnehmer der Verhandlungen sind die USA, Nordkorea, Südkorea, China, Russland und Japan.

² Diese Vorwürfe wurden von Israel und den USA hervorgebracht. Beweise dafür gibt es jedoch nicht.

verlagert werden. Die Vereinigten Staaten sollten in Nordkorea eine Politik verfolgen, die aktuellen Fakten und Ereignissen zugrunde läge. Es müsse ein offener Dialog geführt werden, der die Menschenrechte, die wirtschaftliche Unterstützung und Sicherheitsfragen miteinander verbinde.

Larry Nikisch, Asienexperte und Mitarbeiter des *Congressional Research Service*, beschäftigte sich mit der Frage, ob die USA Nordkorea wie gefordert von der "U.S. list of state sponsors of terrorism"³ entfernen sollten. Angesichts der Tatsache, dass aktuellen Berichten des State Departments zu Folge, Nordkorea sowohl die Hizbollah als auch die Tamil Tiger mit Waffen ausgestattet hätte, sei so eine Maßnahme bedenklich. **Nikisch** argumentierte, dass die Unterstützung terroristischer Gruppen für die USA eine grössere Gefahr darstelle, als die militärische Bedrohung Nordostasiens durch Nordkorea. **Nikisch** zeigte auf, dass die Vereinigten Staaten in Zukunft drei mögliche Handlungsstrategien in Betracht ziehen müssten. Sie könnten Nordkorea entweder von der „Terrorismus-Liste“ oder aber aus dem „Trading with the Enemy Act“⁴ entfernen. Als Gegenzug müssten sie die Stilllegung der Atomanlage in Yongbyon verlangen. Sollte sich Nordkorea dazu bereit erklären, all seine nuklearen Aktivitäten offen zu legen, könnten die USA sie dann von weiteren Sanktionen befreien. Eine andere Möglichkeit sei, Nordkorea alternative Leistungen für die Abschaltung der Anlage anzubieten. Gleichzeitig müssten die USA ihre Terrorismus bezogenen Forderungen spezifizieren. Nordkorea sollte erst von der „Terrorismus-Liste“ entfernt werden, sobald alle Bedingungen erfüllt seien. Die letzte Option die Nikisch aufführte, bestehe darin, Nordkorea von der Liste zu streichen, sobald es eine vollständige Auskunft über seine atomaren Tätigkeiten gegeben habe. Das Land müsse dann auf einer Liste von „countries of concern“ vermerkt werden. In einer neuen Verhandlungsrunde könne man anschliessend über die Einstellung der gesamten nuklearen Aktivitäten diskutieren sowie über die endgültige Entfernung von der "U.S. list of state sponsors of terrorism" verhandeln.

Zu Beginn seines Vortrages äusserte **Gordon Flake**, Direktor der *Maureen and Mike Mansfield Foundation*, die Befürchtung, dass Verhandlungen mit Nordkorea fehlgeschlagen seien. Die USA hätten sich seiner Meinung nach zu sehr auf die Umsetzung der Ergebnisse vom 13. Februar konzentriert. Die Vereinigten Staaten hätten die Dynamik, die die Verhandlungen im letzten Jahr angenommen hatten ausnutzen müssen, um dann den Fokus der Gespräche auf die Langzeitinteressen der USA zu lenken. Nordkorea habe nicht wie geplant all seine atomaren Tätigkeiten offen gelegt, sondern sogar noch im Oktober 2006 einen Atomwaffentest durchgeführt. Die USA würden nun eine Stellungnahme hinsichtlich aller nuklearer Aufrüstungs- sowie Weiterverbreitungsmaßnahmen fordern, insbesondere im Hinblick auf solche Aktivitäten im Mittleren Osten. Dies sei zwar bisher nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen, jedoch sei eine solche Erklärung angesichts der aktuellen Berichte unumgänglich. Solange sich Nordkorea weigere diesbezüglich Stellung zu nehmen, könnten die USA nicht mit den Verhandlungen fortfahren. **Flake** zeigte auf, dass sich anhand dreier Beurteilungsmaßstäbe ermitteln ließe, an welchem Punkt sich die „six party talks“

³ Auf dieser Liste befinden sich die fünf Länder, die wiederholt terroristische Aktivitäten unterstützt haben. (Kuba, Iran, Nord-Korea, Sudan und Syrien) Der Verkauf militärischer Ausrüstung an diese Länder ist verboten. Ausserdem ist die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Foreign Assistance Act untersagt. Diese Länder unterliegen strengen amerikanischen Export- Kontrollen.

⁴ Dieses Gesetz wurde 1914 erlassen und schränkt den Handel mit feindlich gesinnten Ländern ein. In Kriegszeiten kann der Präsident den Handel mit amerikanischen Feinden ganz untersagen.

befänden. Zunächst müssten sich die USA fragen, ob ihre Reaktion auf die Atomtests im Oktober 2006 ausreichend war? Desweiteren müsse analysiert werden, wie es um die Zusammenarbeit und die Interessen der „six party talks“ Teilnehmer stehe. Haben sich die Beziehungen verbessert? Verfolgen alle Teilnehmer noch die gleichen Interessen? Weiter müsse beleuchtet werden, wie nah sich die USA an ihrem Verhandlungsziel befänden? Wie hoch sei die Wahrscheinlichkeit, dass sich Nordkorea dazu bewegen ließe, sein Nuklearprogramm einzustellen? Welche Chance habe Nordkorea, als Atommacht anerkannt zu werden? **Flake** beendete seinen Vortrag mit der Anmerkung, dass Verhandlungen wieder auf multilateraler Ebene geführt werden müssten. Es könne nur effektiver Druck auf Nordkorea ausgeübt werden, wenn die beteiligten Gesprächspartner als geschlossene Einheit auftreten würden.

Abschließend ging, **Michael Auslin**, Asienexperte und Wissenschaftler am *American Enterprise Institute*, in seinen Ausführungen auf die japanisch-amerikanische Zusammenarbeit in diesem Konflikt ein. Für die Japaner gehe es in den Verhandlungen hauptsächlich um zwei Punkte. Nordkorea habe seit 1970 mindestens zehn japanische Zivilisten entführt sowie japanischen „Red Army“ Terroristen Unterschlupf gewährt. Zudem seien die meisten terroristischen Anschläge auf Japan von Nordkorea veranlasst worden. Aus diesem Grund stehe Japan der Streichung Nordkoreas von der „Terrorismus-Liste“ kritisch gegenüber. Die Entführungen müssten aufgedeckt werden, damit sich Japan bereit erkläre, der nordkoreanischen Regierung Zugeständnisse zu machen. Dabei handele es sich um wirtschaftliche Kompromisse. Es sollte im Interesse der USA sein, die Belange der Japaner zum Thema der Verhandlungen zu machen, wenn sie Japan weiterhin als Teilnehmer der „six party talks“ behalten möchten. Für Japan sei zudem eine Lösung der Menschenrechtsproblematik in Nordkorea von enormer Bedeutung, da dies die Voraussetzung für regionale Sicherheit sei. Ausserdem dürfe man nicht vergessen, dass Japan nach dem Atomtest in 2006 den stärksten Druck auf Nordkorea ausgeübt habe. Der Fall sei sogar durch Japans Initiative vor den UN-Sicherheitsrat gebracht worden. Allein aufgrund dieses Engagements könne man Verhandlungen ohne Japan nicht fortführen. Dies bedeute, dass die Interessen der japanischen Regierung eine zentrale Rolle einnehmen. Anders als der ehemalige Ministerpräsident Abe, habe Yasuo Fukuda zu Beginn seiner Amtszeit einen milderen Kurs gegenüber Nordkorea eingeschlagen und sogar eine Normalisierung der Beziehungen in Betracht gezogen. Im Hinblick auf die kompromisslose Haltung Nordkoreas bezüglich der ungelösten Entführungen habe er jedoch wieder die Position seines Vorgängers angenommen. Grund dafür sei unter anderem die Frustration der Japaner über den Verlauf der Gespräche. Die japanische Regierung fühle sich hinsichtlich des bilateralen Charakters den die Verhandlungen angenommen hätten, nicht ausreichend in die Gespräche einbezogen. Dies wirke sich laut **Flake** negativ auf die amerikanisch-japanischen Beziehungen aus. Für Japan stelle sich die Frage, inwieweit sie sich auf das Bündnis mit den USA verlassen können. Eine Entfernung Nordkoreas von der „U.S. list of state sponsors of terrorism“ würde unter Umständen zu einer Verschlechterung der japanisch-amerikanischen Beziehungen beitragen.